

„Ein Bürokratiemonster, das nur Unfrieden schafft“

Straßenausbaubeitrag Freie Wähler sammeln Unterschriften für Volksbegehren, bis Gesetzesvorlage auf dem Tisch liegt

Weiler Die Straßenausbaubeitragsatzung in Bayern muss weg. Das fordern die Freien Wähler und sammeln bis Ende März weitere Unterschriften für ein Volksbegehren.

Im Kolpinghaus in Weiler hatten sie zu einer Infoveranstaltung zu diesem Thema eingeladen. Landtagsabgeordneter Dr. Leopold Herz zeigte auf, dass die Strabs, wie die Satzung griffig genannt wird, zu Ungerechtigkeiten führt.

Zur Kompensation solle der Freistaat Ausgleichszahlungen an die

Kommunen in einer Größenordnung von jährlich 150 Millionen Euro leisten und der Kommunalanteil an der Kfz-Steuer deutlich angehoben werden. Als Stichtag für das Inkrafttreten hätten die Freien Wähler sich auf den 31. Dezember 2013 geeinigt, sagte Herz. So blieben laufende Verfahren außen vor, Bürger hätten die Möglichkeit, gezahlte Beiträge zurückzufordern. 70 000 Unterschriften habe man bereits für das Volksbegehren gesammelt – also deutlich mehr als die be-

nötigten 25 000. Dass die CSU inzwischen auf den Zug zur Abschaffung der Strabs aufgesprungen ist, betrachtet der Abgeordnete noch mit einer gewissen Vorsicht. Man mache weiter, bis eine vernünftige Gesetzesvorlage auf dem Tisch liege. Die CSU brauche bei den Freien Wählern nur abzuschreiben. Jedem, dem noch ein Bescheid ins Haus flattert, riet er, Widerspruch dagegen einzulegen.

Weilers Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph machte den Unter-

schied zwischen Straßensanierungen und -erneuerungen deutlich. Nur bei letzteren greife die Satzung. Und von dieser habe er noch nie etwas gehalten, sich in finanziell engen Zeiten der Marktgemeinde gegen eine solche gewehrt und der Rechtsaufsicht gesagt: „Nur über meine Leiche.“ Die Strabs sei antiquiert und ein Bürokratiemonster, so Rudolph. Und überall, wo sie eingeführt sei, gebe es Unfrieden. Existiere eine solche Satzung, zögerten Gemeinden oftmals mit einer

grundlegenden Sanierung von Straßen, um Stress mit den Anliegern zu vermeiden, sagte Dr. Bernd Ferber, Ortsvorsitzender der Freien Wähler. Wenn es dagegen einen finanziellen Ausgleich vom Freistaat gebe, sei das ein Anreiz, schneller zu sanieren. Rudolph brachte noch eine Alternative zur Kofinanzierung von Straßenerneuerungen ins Spiel: Die Gemeinden könnten ihre Grundsteuern erhöhen, das treffe dann alle Grundstücksbesitzer im Ort. (hip)